

Vor der Landtagswahl am 5. April 1992

Zeitgleich mit Schleswig-Holstein wählt Baden-Württemberg am ersten April-Sonntag einen neuen Landtag. In beiden Ländern geht es letztlich um die Frage, ob die bisher stärkste Partei die von ihr gestellte Alleinregierung halten kann. In Schleswig-Holstein betrifft dies die SPD, die seit 1988, nach dem Politskandal um den früheren CDU-Ministerpräsidenten Uwe Barschel, die Regierung allein stellt. Für Ministerpräsident Björn Engholm gibt es darüber hinaus die Frage, wie er diese Landeswahl vor dem Hintergrund besteht, daß er seit Mai 1991 Bundesvorsitzender der SPD ist und seit Januar 1992 als Kanzlerkandidat für die nächste Bundestagswahl gelten kann. In Baden-Württemberg stellt sich die CDU-Alleinregierung unter Erwin Teufel, seit Januar 1991 Nachfolger des langjährigen Ministerpräsidenten Lothar Späth und seit Oktober 1991 auch Landesvorsitzender der CDU, dem Votum der Wähler. Sie kämpft gegen abschmelzende CDU-Anteile in nicht wenigen Bundesländern und um die politische Wertung der Umstände, unter denen Ministerpräsident Lothar Späth zurücktrat. Der vom Landtag dazu eingesetzte Untersuchungsausschuß „Unabhängigkeit von Regierungsmitgliedern und Strafverfolgungsbehörden“ hat sich darüber erwartungsgemäß nicht einigen können. Auf eine kurze Formel gebracht:

Reicht es der CDU wie 1988 bei der letzten Landtagswahl in Baden-Württemberg wenigstens zu einer relativen Stimmenmehrheit, die weiterhin eine CDU-Alleinregierung erlaubt?

Die amtliche Statistik kann zur Beantwortung dieser Frage an die Zukunft nicht allzuviel beitragen. Politische Prognosen sind ihr Metier nicht. Was sie aber tun kann: Tendenzen und Perspektiven aufzeigen und ein realistisches Bild der Ausgangslage an Hand „harter“ Daten zeichnen. Das soll anschließend für die Landtagswahl 1992 in Baden-Württemberg geschehen.

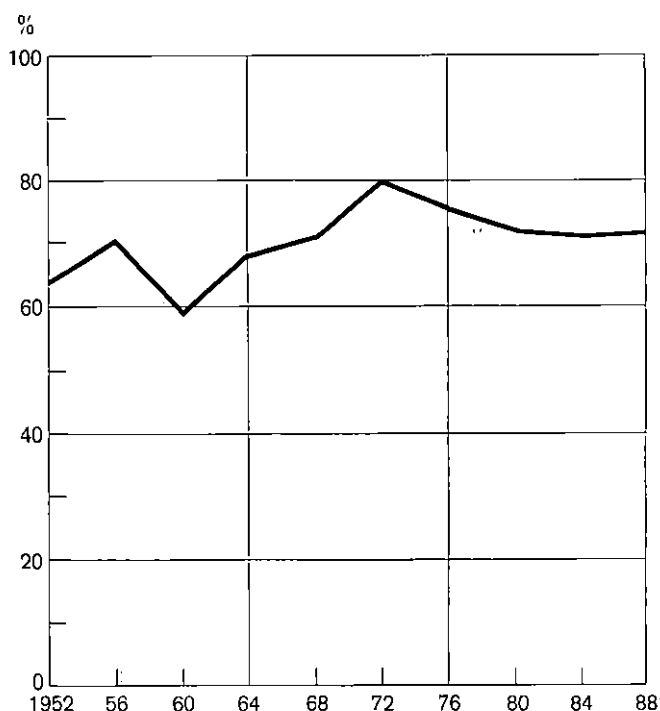
Wieviele werden wohl kommen?

Nach dem gegenwärtig neuesten Stand der Bevölkerungsfortschreibung auf der Basis der Volkszählung 1987 zählt Baden-Württemberg 9,82 Mill. Einwohner. 8,78 Mill. davon sind Deutsche, unter ihnen 7,17 Mill., die 18 Jahre und älter sind und damit das Recht haben, an der Wahl zum elften baden-württembergischen Landtag teilzunehmen. Werden sie das auch tun?

Nach den Erfahrungen seit 1952, als das heutige Bundesland aus den Nachkriegsländern Württemberg-Baden, Baden und Württemberg-Hohenzollern entstand, sicher nicht vollzählig. Mit einem Abstrich von 25 bis 30 % wird man wohl wieder rechnen müssen. Denn: Bei der ersten Parlamentswahl im neuen Bundesland reichte es nicht einmal zu einer Wahlbeteiligung von zwei Dritteln, gerade 63,7 % der Wahlberechtigten machten sich auf den Weg zum Wahllokal (die „bequeme“ Briefwahl gab es damals noch nicht). Acht Jahre später sollte es noch schlimmer kommen, 1960 registrierte man nur 59 %. Auf der Suche nach Gründen kam man auf die seit 1953 amtierende Allparteien-Regierung aus CDU, SPD, FDP/DVP und der Vertriebenenpartei BHE, die als fester Block zusammen keine Mobilisierung der Bürger zu bewirken vermochten. Man übersah aber auch nicht die gegenüber dem Landesdurchschnitt noch geringere Wahlbeteiligung im Regierungsbezirk Südbaden, dem Nachkriegsland Baden, in dem die „Alt-Badener“ den Verlust der Eigenstaatlichkeit noch nicht verwunden hatten und eine Art Wahlboykott inszenierten. Besser wurde es erst bei der Landtagswahl 1972, als bislang einmalige 80 % Wahlbeteiligung erreicht wurden – allerdings aus Gründen, die das Land nicht betrafen. Vier Tage nach der Landtagswahl wurde nämlich in Bonn über das konstruktive Mißtrauensvotum der CDU/CSU gegen Bundeskanzler Willy Brandt (SPD) abgestimmt. Wochen und Monate zuvor gab es eine bislang nie dagewesene Polarisierung zwischen den politischen Lagern, die auch in Baden-Württemberg für eine starke Mobilisierung der Wahlberechtigten sorgte. Bei den nächsten Landtagswahlen sank die Beteiligungsziffer wieder auf die gewohnten 72 bis 75 % ab – ein Landesspezifikum, das Baden-Württemberg ebenso eigen ist wie alten Demokratien, so etwa Großbritannien oder der Schweiz.

Schaubild 1

Wahlbeteiligung bei den Wahlen zum Landtag von Baden-Württemberg seit 1952*)



*) 1952 Wahl zur Verfassungsgebenden Landesversammlung.

Tabelle 1
Ergebnisse der Landtagswahlen¹⁾ in den Bundesländern seit 1988

Bezeichnung	Einheit	Baden- Württemberg	Schleswig- Holstein	Berlin (West) ¹⁾	Saarland	Berlin (Ost) ²⁾	Nieder- sachsen ¹⁾	Nordrhein- Westfalen	Bayern ³⁾	Mecklenburg- Vorpommern ¹⁾
		20.3.1988	8.5.1988	29.1.1989	28.1.1990	6.5.1990	13.5.1990	13.5.1990	14.10.1990	14.10.1990
Wahlberechtigte	1000	6 872,3	2 041,1	1 532,9	842,8	969,6	5 712,6	13 036,0	8 583,3	1 431,0
Wähler	1000	4 933,8	1 580,5	1 220,4	701,0	684,7	4 263,2	9 353,7	5 652,3	926,2
Wahlbeteiligung	%	71,8	77,4	79,6	83,2	70,6	74,6	71,8	65,9	64,7
Ungültige Stimmen	1000	55,8	13,6	19,8	6,9	18,4	46,9	61,7	200,1	30,2
	%	1,1	0,9	1,6	1,0	2,7	1,1	0,7	1,8	3,3
Gültige Stimmen	1000	4 878,1	1 566,8	1 200,7	694,1	1 971,0	4 216,3	9 292,0	11 098,9	896,0
Davon:										
CDU ⁴⁾	1000	2 392,6	521,3	453,2	232,0	348,5	1 772,0	3 410,0	6 093,5	343,4
	%	49,0	33,3	37,7	33,4	17,7	42,0	36,7	54,9	38,3
SPD	1000	1 562,7	858,0	448,2	377,5	670,9	1 865,3	4 644,3	2 882,0	242,1
	%	32,0	54,8	37,3	54,4	34,0	44,2	50,0	26,0	27,0
F.D.P. ⁵⁾	1000	285,9	69,6	47,2	39,1	20,0	252,6	535,7	573,3	49,1
	%	5,9	4,4	3,9	5,6	1,0	6,0	5,8	5,2	5,5
GRÜNE ⁶⁾	1000	383,1	44,9	141,5	18,4	52,9	229,8	469,1	712,1	37,3
	%	7,9	2,9	11,8	2,6	2,7	5,5	5,0	6,4	4,2
Sonstige	1000	253,7	73,1	110,6	27,1	878,7	96,6	232,8	838,0	224,0
	%	5,2	4,7	9,2	3,9	44,6	2,3	2,6	7,6	25,0
Darunter:										
REP	1000	46,9	8,7	90,2	23,3	.	62,1	171,9	538,6	7,6
	%	1,0	0,6	7,5	3,4	.	1,5	1,8	4,9	0,9
BÜ.90 ⁶⁾	1000	194,5	.	.	.	19,9
	%	9,9	.	.	.	2,2
PDS ⁷⁾	1000	592,1	.	.	.	140,4
	%	30,0	.	.	.	15,7
Sitze insgesamt	Anzahl	125	74	138	51	138	155	237	204	66
Davon:										
CDU ⁴⁾	Anzahl	66	27	55	18	24	67	89	127	29
SPD	Anzahl	42	46	55	30	47	71	122	58	21
F.D.P. ⁵⁾	Anzahl	7	.	.	3	1	9	14	7	4
GRÜNE ⁶⁾	Anzahl	10	.	17	.	4	8	12	12	.
REP	Anzahl	.	.	11
BÜ.90 ⁶⁾	Anzahl	14
PDS ⁷⁾	Anzahl	42	.	.	.	12
Sonstige	Anzahl	.	1 ⁸⁾	.	.	6 ⁹⁾

Bezeichnung	Einheit	Branden- burg ¹⁾	Sachsen- Anhalt ¹⁾	Thüringen ¹⁾	Sachsen ¹⁾	Berlin ¹⁾	Hessen	Rheinland- Pfalz ¹⁾	Hamburg	Bremen
		14.10.1990	14.10.1990	14.10.1990	14.10.1990	2.12.1990	20.1.1991	21.4.1991	2.6.1991	29.9.1991
Wahlberechtigte	1000	1 955,4	2 235,0	2 010,4	3 709,2	2 524,6	4 278,2	2 928,9	1 256,1	519,3
Wähler	1000	1 312,1	1 455,6	1 441,2	2 699,7	2 040,7	3 028,9	2 163,6	830,8	374,9
Wahlbeteiligung	%	67,1	65,1	71,7	72,8	80,8	70,8	73,9	66,1	72,2
Ungültige Stimmen	1000	38,2	43,1	37,8	66,3	18,4	54,1	38,1	11,0	4,7
	%	2,9	3,0	2,6	2,5	0,9	1,8	1,8	1,3	1,3
Gültige Stimmen	1000	1 273,9	1 412,5	1 403,4	2 633,4	2 019,2	2 974,9	2 125,4	819,8	370,1
Davon:										
CDU ⁴⁾	1000	374,6	550,8	637,1	1 417,3	815,4	1 196,0	822,4	287,5	113,5
	%	29,4	39,0	45,4	53,8	40,4	40,2	38,7	35,1	30,7
SPD	1000	487,1	367,3	319,4	502,7	614,1	1 214,9	951,7	393,4	143,6
	%	38,2	26,0	22,8	19,1	30,4	40,8	44,8	48,0	38,8
F.D.P. ⁵⁾	1000	84,5	190,8	130,0	138,4	143,1	220,1	146,4	44,5	35,1
	%	6,6	13,5	9,3	5,3	7,1	7,4	6,9	5,4	9,5
GRÜNE ⁶⁾	1000	36,2	74,7	90,8	.	100,8	262,2	137,1	59,3	42,1
	%	2,8	5,3	6,5	.	5,0	8,8	6,5	7,2	11,4
Sonstige	1000	291,5	228,9	226,1	575,0	345,8	81,7	67,7	35,2	35,9
	%	22,9	16,2	16,1	21,8	17,1	2,7	3,2	4,3	9,7
Darunter:										
REP	1000	14,6	9,0	11,7	.	62,0	49,3	43,5	10,0	5,7
	%	1,2	0,6	0,8	.	3,1	1,7	2,0	1,2	1,5
BÜ.90 ⁶⁾	1000	81,7	.	.	.	87,9
	%	6,4	.	.	.	4,4
PDS ⁷⁾	1000	170,8	169,3	136,5	269,4	184,8	.	.	3,7	.
	%	13,4	12,0	9,7	10,2	9,2	.	.	0,5	.
Sitze insgesamt	Anzahl	88	106	89	160	241	110	101	121	100
Davon:										
CDU ⁴⁾	Anzahl	27	48	44	92	101	46	40	44	32
SPD	Anzahl	36	27	21	32	76	46	47	61	41
F.D.P. ⁵⁾	Anzahl	6	14	9	9	18	8	7	7	10
GRÜNE ⁶⁾	Anzahl	.	5	6	.	12	10	7	9	11
REP	Anzahl
BÜ.90 ⁶⁾	Anzahl	6	.	.	.	11
PDS ⁷⁾	Anzahl	13	12	9	17	23
Sonstige	Anzahl	.	.	.	10 ¹⁰⁾	6 ¹¹⁾

¹⁾ Hamburg und Bremen: Wahlen zur Bürgerschaft; Berlin (West): Wahlen zum Abgeordnetenhaus; Berlin (Ost): Wahlen zur Stadtverordnetenversammlung. – ¹⁾ Nachgewiesen sind die abgegebenen Zweitstimmen. – ²⁾ Jeder Wähler hatte bis zu drei Stimmen. – ³⁾ Jeder Wähler hatte zwei Stimmen. – ⁴⁾ In Baden-Württemberg FDP/DVP, im Saarland F.D.P./DPS. – ⁵⁾ Einschließlich je nach Land verschiedene Listenvereinigungen und Listenverbindungen. – ⁶⁾ Auch PDS/LL und LL/PDS. – ⁷⁾ Südschleswigscher Wählerverband (SSW). – ⁸⁾ Alternative Linke Liste (ALL) 1 Sitz, Bund Freier Demokraten (BFD) 2 Sitze, „Demokratischer Aufbruch – sozial + ökologisch“ (DA) 1 Sitz, Deutsche Soziale Union (DSU) 2 Sitze. – ⁹⁾ Neues Forum – Bündnis – Grüne (Forum). – ¹⁰⁾ DEUTSCHE VOLKSUNION – Liste D (DVU).

Tabelle 2

Stimmen- und Sitzverteilung bei den Landtagswahlen in Baden-Württemberg seit 1952

Wahljahr	CDU	SPD	FDP/DVP	GRÜNE	Sonstige
Stimmenverteilung in %					
1952 ¹⁾	36,0	28,0	18,0	-	18,0
1956	42,6	28,9	16,6	-	11,9
1960 ²⁾	39,5	35,3	15,8	-	9,4
1964	46,2	37,3	13,1	-	3,5
1968	44,2	29,0	14,4	-	12,4
1972	52,9	37,6	8,9	-	0,6
1976	56,7	33,3	7,8	-	2,2
1980	53,4	32,5	8,3	5,3	0,5
1984	51,9	32,4	7,2	8,0	0,5
1988	49,0	32,0	5,9	7,9	5,2
Sitzverteilung					
1952 ¹⁾	50	38	23	-	10 ³⁾
1956	56	36	21	-	7 ⁴⁾
1960 ²⁾	52	44	18	-	7 ⁴⁾
1964	59	47	14	-	-
1968	60	37	18	-	12 ⁵⁾
1972	65	45	10	-	-
1976	71	41	9	-	-
1980	68	40	10	6	-
1984	68	41	8	9	-
1988	66	42	7	10	-

¹⁾ Wahl zur Verfassungsgebenden Landesversammlung. – ²⁾ Stand nach der Wiederholungswahl 1961 in zwei Wahlkreisen. – ³⁾ Block der Heimatvertriebenen und Entrechteten (BHE) 6 Sitze, KPD 4 Sitze. – ⁴⁾ Gesamtdeutscher Block / Block der Heimatvertriebenen und Entrechteten (GB/BHE) 7 Sitze. – ⁵⁾ NPD 12 Sitze.

So wird man in Baden-Württemberg bei der bevorstehenden Landtagswahl 1992 mit etwa 5,20 Mill. Wahlberechtigten rechnen können, die ihre Stimme abgeben. Gut 500 000 werden voraussichtlich Jungwähler im Alter von 18 bis 24 Jahren sein. Sie tragen nicht dazu bei, die Wahlbeteiligungsziffer nach oben zu drücken, denn sie engagieren sich an der Wahlurne weit unterdurchschnittlich – erfahrungsgemäß nur zu 65 bis 70 %, weniger jedenfalls als die Älteren über 60 Jahre, die immerhin auf etwa 75 % kommen.

Oft gestellte Fragen im Zusammenhang mit sogenannten „Erst-Wählern“ kann man, streng genommen, eigentlich nicht beantworten. Denn die Wahlberechtigten, die bei der letzten Wahl in Baden-Württemberg, der Bundestagswahl im Dezember 1990, erstmals wählen durften, sind bei der Landtagswahl 1992 schon 19 bis 20 Jahre alt und allenfalls Jungwähler, aber nicht „Erstwähler“. Man tut gut daran, so abzugrenzen, wie oben geschehen. So kommt man auf die Zahl von rund 900 000 jungen Menschen im Alter von unter 25 Jahren, die das politische Leben mit einem Gewicht von immerhin 13 % beeinflussen können. Wenn sie nur wollen.

Wie es bisher war

Die Eröffnungsbilanz des Bundeslandes Baden-Württemberg wurde bei der Wahl zur Verfassungsgebenden Landesversammlung 1952 geschrieben: 36,0 % CDU, 28,0 % SPD, 18,0 % FDP/DVP, Vertriebenenpartei BHE (Block der Heimatvertriebenen und Entrechteten) 6,3 % und KPD 4,4 %. Aus diesen im Landesparlament vertretenen Parteien zimmerte der Liberale Reinhold Maier, langjähriger Ministerpräsident des Nachkriegslandes Württemberg-Baden und einer der Väter des Südweststaats, an der CDU vorbei eine sozial-

liberale Koalition unter Beteiligung der unfreiwilligen Neubürger. Sie hielt nur ein Jahr, bis nämlich die südwestdeutsche CDU 1953 bei der Wahl zum zweiten Deutschen Bundestag mit 52,4 % der Zweitstimmen die Stuttgarter Koalition aushebelte. Die Konsequenz war eine All-Parteien-Regierung unter dem Mitbegründer des Südweststaats und CDU-Ministerpräsidenten Gebhard Müller, wobei diese Bezeichnung der Regierung großzügig übergeht, daß die KPD im Landtag bis 1956 mit immerhin vier Abgeordneten präsent war.

Die Landtagswahlen 1956 bis 1968 brachten keiner Partei einen uneingeschränkten Wählerauftrag. Am stärksten noch erwies sich die CDU mit relativen Mehrheiten zwischen 39,5 und 46,2 %. An zweiter Stelle rangierte jeweils die SPD, sie kam allerdings über 37,3 % nicht hinaus. Beeindruckende Ergebnisse – insbesondere, wenn man dies aus heutiger Sicht bewertet – erzielte die FDP/DVP mit zweistelligen Stimmenanteilen zwischen 13,1 und 16,6 %. Einleuchtend, daß die Liberalen in mehreren Landesregierungen vertreten waren: 1956 bis 1958 unter Ministerpräsident Gebhard Müller (CDU, später Präsident des Bundesverfassungsgerichts) und 1958 bis 1966 unter Ministerpräsident Kurt Georg Kiesinger (CDU, später Bundeskanzler) in All-Parteien-Koalitionen. Die „Stuttgarter Wende“ kam in Raten.

1966, beim Weggang Kiesingers nach Bonn, mischten die Parteien die Karten neu. In der inzwischen schon fast legendären „Nacht der langen Messer“ vom 12. auf den 13. Dezember bildeten CDU und SPD unter Hans Filbinger (CDU) eine Regierung der Großen Koalition. Sie wurde bei der Landtagswahl 1968 bestätigt, allerdings bekamen die Koalitionäre schwache „Noten“: die CDU glanzlose 44,2 %, die SPD matte 29,0 %, was ein Zurückfallen auf den Ausgangspunkt 1952 bedeutete. Die Liberalen lagen mit 14,4 % gut im Rennen, wurden aber wie schon 1966 nicht mehr zur Regierungsbildung gebraucht.

1972 ereilte dieses Schicksal auch die inzwischen in Bonn regierende SPD: Die CDU erzielte mit 52,9 % einen beeindruckenden Wahlsieg, den sie zu einer Alleinregierung unter Hans Filbinger nutzte. 1976 gab es noch eine Steigerung auf 56,7 %, die SPD fiel auf 33,3 % – ein Wert, den sie bis heute nur wenig verlassen hat, und das auch noch nach unten. Die Liberalen mußten sich fortan mit einstelligen Ergebnissen begnügen und 1988 sogar um den Einzug ins Landesparlament bangen. Auch der CDU wuchsen und wuchsen die Bäume nicht in den Himmel. Seit 1980, zwei Jahre nach dem unfreiwilligen Wechsel von Ministerpräsident Hans Filbinger zu seinem Nachfolger Lothar Späth, bröckelten die CDU-Werte ab. 1988 reichte es nur noch zur relativen Stimmenmehrheit, die Mehrheit an Landtagsmandaten freilich blieb erhalten (66 von 125).

Veränderungen der landespolitischen Szene gab es nicht nur durch Verschiebungen in der Relationen CDU/SPD/FDP. 1968 trat mit der rechtsextremen Nationaldemokratischen Partei Deutschlands (NPD) eine neue Bewegung auf die politische Bühne, die auf Anhieb 9,8 % und zwölf Mandate bekam, vier Jahre später aus dem Landtag aber wieder verschwand.

Eine dauerhafte Neuerscheinung in der politischen Landschaft erwuchs Baden-Württemberg mit den GRÜNEN. Sie begannen 1980 mit 5,3 % und liegen seit 1984 bei rund 8 %. Inzwischen sind sie, beschränkt gesehen auf die bisherige

Bundesrepublik, in drei Bundesländern (Hessen, Niedersachsen, Bremen) in der Landesregierung vertreten. Und auch in Baden-Württemberg schließen sie eine Regierungsbeteiligung nicht mehr aus.

Wie es weitergehen soll

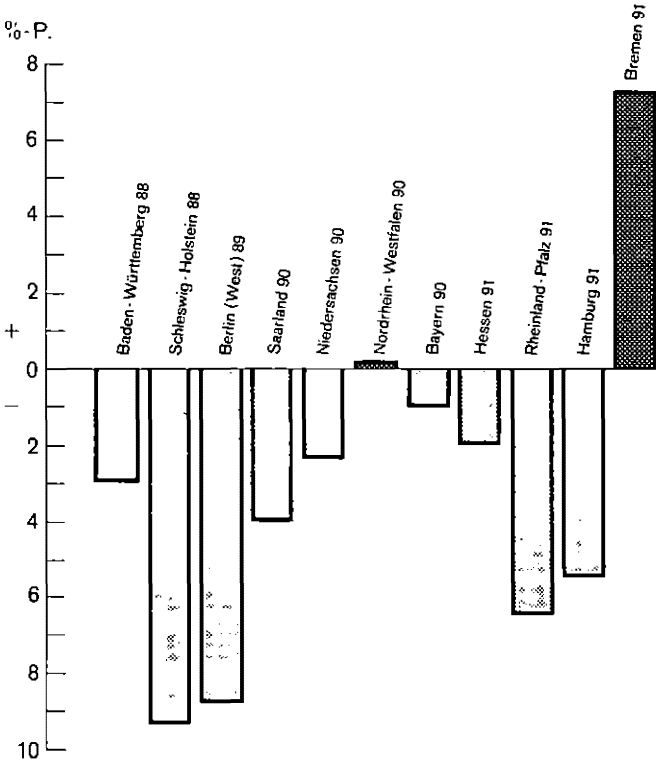
Dies betrifft zunächst Fragen an die Inhalte der künftigen Politik in Land und Bund. Aber nicht nur: Offen angesprochen ist auch die Zusammensetzung der Landesregierung von Baden-Württemberg nach der Wahl vom 5. April. Anlässlich von Landesparteitagen haben die vier Landtagsparteien im Herbst 1991 mehr oder weniger deutlich Stellung bezogen. In chronologischer Reihenfolge:

SPD-Landesparteitag vom 27. bis 29. September 1991 in Ludwigsburg. Die Delegierten bestätigen die Erklärung des Bundespräsidiums ihrer Partei, am Verfassungsrecht auf Asyl „ohne Wenn und Aber“ festzuhalten. Sie wählen den Vorsitzenden der SPD-Landtagsfraktion Dieter Spöri erneut zum Kandidaten für das Amt des Ministerpräsidenten. Spöri skizziert die Grundsätze seines Programms, in dessen Mittelpunkt die Sicherung der wirtschaftlichen Zukunft Baden-Württembergs steht. Dazu kommen ein umfangreiches Wohnungsbauprogramm, eine Reform der Sozialpolitik und ein „finanzpolitisch solides Wirtschaften“.

CDU-Landesparteitag am 4. und 5. Oktober 1991 in Ulm. Die Delegierten wählen Ministerpräsident Erwin Teufel als Nachfolger von Lothar Späth zum neuen Landesvorsitzenden und verabschieden ein Grundsatzprogramm „Baden-Württemberg 2000“. Darin legt die CDU einen deutlichen Akzent auf die Familienpolitik, weil – auch im Vergleich zu anderen Industriestaaten – die Gesellschaft noch zu wenig kinderfreundlich sei. Breiten Raum in den Diskussionen des Parteitags nimmt die Neuregelung des Schwangerschaftsabbruchs ein. Die CDU erklärt, der Schutz des menschli-

Schaubild 2

Verluste und Gewinne der Unionsparteien bei den Landtagswahlen in den alten Bundesländern seit 1988



Statistisches Landesamt Baden · Württemberg

33 92

chen Lebens „von Anfang an“ sei so wichtig wie der Naturschutz. In der Frage des Asylrechts setzt sich der Parteitag für eine Änderung des Grundgesetzes ein, um die Entwicklung im Griff behalten zu können. Auf einem Wahlparteitag

Tabelle 3
Stimmenverteilung im Bundesrat vor und seit der Herstellung der Einheit Deutschlands

Gebiet	Bevölkerung am 1.1.1990 in 1000	Stimmen im Bundesrat nach Art. 51 Abs. 2 GG		Regierungsparteien Stand 1.1.1992			
		vor	seit	CDU ¹⁾	SPD	F.D.P. ²⁾	Sonstige
		der Einheit Deutschlands					
Bisheriges Bundesgebiet							
Schleswig-Holstein	2 595	4	4	.	x	.	.
Hamburg	1 626	3	3	.	x	.	.
Niedersachsen	7 284	5	6	.	x	.	x ³⁾
Bremen	674	3	3	.	x	x	x ³⁾
Nordrhein-Westfalen	17 104	5	6	.	x	.	.
Hessen	5 661	4	4	.	x	.	x ³⁾
Rheinland-Pfalz	3 702	4	4	.	x	x	.
Baden-Württemberg	9 619	5	6	x	.	.	.
Bayern	11 221	5	6	x	.	.	.
Saarland	1 065	3	3	.	x	.	.
Berlin-West	2 131	(4) ⁴⁾
Berlin	3 410	.	4	x	x	.	.
Gebiet der ehemaligen DDR							
Berlin-Ost	1 279
Mecklenburg-Vorpommern	1 964	.	3	x	.	x	.
Brandenburg	2 641	.	4	.	x	x	x ⁵⁾
Sachsen-Anhalt	2 965	.	4	x	.	x	.
Thüringen	2 684	.	4	x	.	x	.
Sachsen	4 901	.	4	x	.	.	.

¹⁾In Bayern CSU. – ²⁾In Baden-Württemberg FDP/DVP, im Saarland F.D.P./DPS. – ³⁾GRÜNE. – ⁴⁾Nicht voll stimmberechtigt. – ⁵⁾Bündnis 90.

am 25. Januar 1992 in Mannheim beschließen die Delegierten eine Wahlplattform, welche die Wirtschaftspolitik in den Mittelpunkt stellt und den Ausbau des Wirtschaftsstandorts Baden-Württemberg fördert.

FDP/DVP-Landesparteitag am 19. und 20. Oktober 1991 in Mannheim. Die Delegierten verabschieden ein Wahlprogramm, in dem ein ausdrückliches Bekenntnis zum grundgesetzlich geschützten Recht auf Asyl enthalten ist. Die von Walter Döring, dem Fraktionschef der Liberalen im Stuttgarter Landtag, anvisierte Änderung des Grundgesetzes zur Begrenzung des Zustroms von Asylbewerbern fällt glatt durch. Das Wahlprogramm strebt in der Asylfrage eine Harmonisierung im europäischen Rahmen auf der Grundlage der Genfer Flüchtlingskonvention an und verlangt eine Beschleunigung der Asylverfahren. Gefordert wird der Abbau des „Schuldenbergs“ im Landeshaushalt und die Einschränkung staatlicher Subventionen. Als eine der wichtigsten öffentlichen Aufgaben wird die ausreichende Versorgung der Bevölkerung mit Wohnraum bezeichnet.

Landesdelegiertenkonferenz der GRÜNEN vom 15. bis 17. November 1991 in Baidt bei Ravensburg. Die Delegierten verabschieden ein umfangreiches Wahlprogramm mit Grundsatzpositionen zu den Themen „Ökologie“, „Demokratie und politische Erneuerung“ sowie „Frauen“. In der Asylfrage wird jede Einschränkung des Grundrechts auf politisches Asyl abgelehnt. Beim Abtreibungsrecht unterstreichen die GRÜNEN ihre Forderung auf ersatzlose Streichung des Paragraphen 218. Das Wahlprogramm soll Orientierung für eine politische Trendwende und Arbeitsgrundlage für eine Reformregierung sein.

In der Frage der Regierungsbildung nach der Landtagswahl am 5. April 1992 äußern sich die Parteien teils deutlich, teils recht zurückhaltend. Für die CDU setzt Ministerpräsident Erwin Teufel auf Sieg: „Wenn wir wollen, packen wir es.“ Von einem eventuellen Koalitionspartner ist nicht die Rede. Denn: „Durch eine Koalition wird nichts besser, sondern vieles schlechter“, so der CDU-Landesvorsitzende Teufel

bei der Vorstellung der Wahlplattform Anfang Dezember 1991 und erneut bei deren Verabschiedung im Januar 1992. Noch deutlicher formuliert Teufel in einem Zeitungsinterview zum Jahreswechsel 1991/92 auf die Frage nach einer möglichen Koalition mit den Liberalen: „Auf die F.D.P. ist kein Verlaß. Die bundesweite Entwicklung zeigt: Im Zweifel geht die F.D.P. mit jedem ins Bett...“ Soweit die CDU. Nun zu den Oppositionsparteien im Stuttgarter Landtag.

Recht frühzeitig, schon im September 1991, diagnostiziert SPD-Spitzenkandidat Dieter Spöri: „Unsere Erfolgschancen sind so gut wie noch nie in den letzten Jahrzehnten.“ Koalitionen werden nicht ausgeschlossen. Auf dem Parteitag in Mannheim am 11. Januar 1992 stellt Spöri ein „Regierungsteam“ vor (siehe *Kasten*) und wiederholt sein Wahlziel, die CDU „im Wahlergebnis zu überholen“.

Auch die Liberalen verzichten auf eine förmliche Koalitionsaussage. Beim traditionellen Dreikönigsparteitag 1992 verabschieden die Delegierten einen vom Landesvorsitzenden Roland Kohn verfaßten Wahlaufuf. Darin bezeichnen es die Liberalen als vorrangiges Wahlziel, die 20jährige Alleinherrschaft der CDU zu brechen. Der Aufruf enthält auch eine Warnung vor rot-grünen Experimenten in Baden-Württemberg. Allgemein wird dies als indirekte Wahlausage zugunsten einer Koalition nach Bonner Muster verstanden, zumal Kohn die GRÜNEN als „nicht politikfähig“ bezeichnet.

Die GRÜNEN selbst erklären sich zur Beteiligung an einer Regierung bereit, aber „nicht um jeden Preis“. Vorrangiges Ziel ist für sie die Ablösung der CDU-Landesregierung, dazu kommt nach Aussage der GRÜNEN die Verhinderung des Einzugs von Parteien rechts von der CDU in den Landtag. Eine „Ampelkoalition“ schließen die GRÜNEN nicht aus, so jedenfalls Parteichef Fritz Kuhn und Fraktionschef Rezzo Schlauch. Übrigens in Übereinstimmung mit dem SPD-Bundesvorsitzenden Björn Engholm – allerdings schon im Blick auf die Bundestagswahl 1994: „Ein solches Bündnis hat für mich einen bestimmten Reiz.“

Herausforderer und Verteidiger bei der Landtagswahl am 5. April 1992 in Baden-Württemberg: SPD-Schattenkabinett und CDU-Landesregierung		
Geschäftsbereiche ¹⁾	Regierungsteam ¹⁾ des SPD-Spitzenkandidaten Dieter Spöri MdL	CDU-Landesregierung ²⁾ unter Ministerpräsident Erwin Teufel MdL
Frauen Wirtschaft Wissenschaft Finanzen Landwirtschaft, Europa Inneres Kultur Umwelt, Verkehr Gesundheit, Soziales Bundesangelegenheiten Bildung Justiz	Ruth Weckenmann, DGB Baden-Württemberg Peter Hofelich, IBM Deutschland Brigitte Unger-Soyka MdL Erhard Klotz, Oberbürgermeister Heinke Salisch MdEP Ulrich Maurer MdL Helga Solinger MdL Harald B. Schäfer MdB Heidi Schüller, Ärztin u. Journalistin Peter Reinelt MdL Brigitte Wimmer MdL Frieder Birzele MdL	Barbara Schäfer MdL (siehe auch unten) Hermann Schaufler MdL Klaus von Trotha MdL Gerhard Mayer-Vorfelder MdL Dr.h.c. Gerhard Weiser Dr. Heinz Eyrich MdL Dietmar Schlee MdL Dr. Marianne Schultz-Hector MdL (siehe auch unten) Dr. Erwin Vetter Dr. Thomas Schäuble MdL Barbara Schäfer MdL (siehe auch oben) Dr. Heinz Eyrich MdL (siehe auch oben) Dr. Marianne Schultz-Hector MdL (siehe auch oben) Dr. Helmut Ohnewald MdL
¹⁾ In der Reihenfolge der Benennung durch den SPD-Spitzenkandidaten Dieter Spöri auf dem Landesparteitag am 11. Januar 1992 in Mannheim. – ²⁾ Ohne die Staatssekretäre mit Kabinettsrang Werner Baumhauer MdL (Umwelt) und Gustav Wabro (Bundes- und Europaangelegenheiten) sowie Staatsrat Gerhard Goll.		

**Gesetz über die Landtagswahlen
(Landtagswahlgesetz – LWG)
in der Fassung vom 6. September 1983**

1. ABSCHNITT

Wahlsystem

§ 1

Zahl der Abgeordneten und Art der Wahl

(1) Der Landtag setzt sich aus mindestens 120 Abgeordneten zusammen, die in 70 Wahlkreisen nach Wahlvorschlägen von Parteien oder von Wahlberechtigten für Einzelbewerber gewählt werden:

(2) Parteien können in jedem Wahlkreis einen Bewerber und einen Ersatzbewerber vorschlagen. Ein Einzelbewerber kann nur in einem Wahlkreis vorgeschlagen werden.

(3) Jeder Wähler hat eine Stimme. Die Summe der Stimmennzahlen der Bewerber einer Partei in den Wahlkreisen ergibt die Gesamtstimmennzahl der Partei im Land.

§ 2

Verteilung der Abgeordnetensitze

(1) 120 Abgeordnetensitze werden auf die Parteien im Verhältnis ihrer Gesamtstimmennzahlen im Land nach dem d'Hondtschen Höchstzahlverfahren verteilt. Parteien, die weniger als 5 vom Hundert der im Land abgegebenen gültigen Stimmen erreicht haben, werden hierbei nicht berücksichtigt. Haben Parteien mit einem geringeren Stimmenanteil als 5 vom Hundert oder Einzelbewerber Sitze nach Absatz 3 Satz 1 erlangt, so werden entsprechend weniger Sitze verteilt.

(2) Die jeder Partei im Land zustehenden Sitze werden auf die Regierungsbezirke im Verhältnis der von ihr dort erreichten Stimmennzahlen nach dem d'Hondtschen Höchstzahlverfahren verteilt.

(3) In jedem Wahlkreis ist der Bewerber gewählt, der die meisten Stimmen erreicht hat. Stehen einer Partei nach Absatz 2 in einem Regierungsbezirk mehr Sitze zu, als ihre Bewerber dort erlangt haben, so werden die weiteren Sitze ihren nicht nach Satz 1 gewählten Bewerbern in diesem Regierungsbezirk in der Reihenfolge der Höhe ihrer Stimmennzahlen in den Wahlkreisen zugeteilt.

(4) Erlangt eine Partei in einem Regierungsbezirk nach Absatz 3 Satz 1 mehr Sitze, als ihr dort nach Absatz 2 zustehen, so erhöht sich die Zahl der auf den Regierungsbezirk insgesamt entfallenden Sitze um so viele, als erforderlich sind, um unter Einbeziehung der Mehrsitze die Sitzverteilung im Regierungsbezirk im Verhältnis der von den Parteien dort erreichten Stimmennzahlen nach dem d'Hondtschen Höchstzahlverfahren zu gewährleisten; die Zahl der Abgeordneten erhöht sich über 120 hinaus entsprechend. Bei gleicher Höchstzahl fällt der letzte Sitz an die Partei, die Mehrsitze erlangt hat. Für die Zuteilung der weiteren Sitze gilt Absatz 3 Satz 2 entsprechend.

(5) Stehen einer Partei in einem Regierungsbezirk nach Absatz 2 oder nach Absatz 4 mehr Sitze zu, als sie dort Bewerber hat, so werden die weiteren Sitze den Ersatzbewerbern im Regierungsbezirk in der Reihenfolge der Höhe der Stimmennzahlen der Bewerber in den Wahlkreisen zugeteilt.

(6) Bei gleichen Stimmennzahlen entscheidet im Fall des Absatzes 3 Satz 1 das vom Kreiswahlleiter, in den übrigen Fällen und bei gleichen Höchstzahlen das vom Landeswahlleiter zu ziehende Los. Absatz 4 Satz 2 bleibt unberührt.

(7) Sitze, die nach den vorstehenden Bestimmungen nicht verteilt werden können, bleiben auch dann unbesetzt, wenn dadurch die Zahl der Abgeordneten 120 nicht erreicht.

Die realen Chancen

sind schwer abzuschätzen. Ein Ansatz dazu könnte das Ergebnis von Meinungsumfragen sein, welche die Landesregierung zum Thema Wahlchancen in Auftrag gibt. Befragt werden jeweils 1000 Bürger durch das Frankfurter Meinungsforschungsinstitut Basisresearch. Nach den Erhebungen dieses Instituts hätten bei einer Wahl zum Landtag von Baden-Württemberg bekommen (in %)

	CDU	SPD	GRÜNE	FDP/DVP	Sonstige
im April 1991	48,5	32,5	7,5	7,0	4,5
im Juni 1991	46,0	34,0	8,0	7,0	5,0
im Januar 1992	48,0	33,5	6,5	6,0	6,0

Bezugspunkt zur Bewertung dieser Daten ist das amtliche Ergebnis der Landtagswahl 1988, zur möglichst realen Modellrechnung ohne Berücksichtigung der Verschiebungen in der Stimmen- und Sitzverteilung, die sich aus der Wahlrechtsnovelle 1991 ergeben. 1988 erlangte die CDU im Landesdurchschnitt 49,0 % der gültigen Stimmen und nach der damals geltenden Wahlkreiseinteilung 66 der 125 Landtagsmandate. Das sind 3 Sitze mehr als die absolute Mehrheit an Sitzen, obwohl die CDU rund einen Prozentpunkt unter der absoluten Mehrheit der gültigen Stimmen blieb. Die Frage, die sich stellt: Wieviel weniger als tatsächlich hätte die CDU noch bekommen dürfen, ohne die absolute Mehrheit an Sitzen zu verlieren?

Die Durchführung einer solchen Modellrechnung basiert auf den Bestimmungen des Landtagswahlgesetzes über das Wahlsystem (siehe *Kasten*) und erfordert gewisse Annahmen. Im konkreten Fall wurde modellhaft unterstellt ein iterativ vermindelter Stimmenanteil der CDU und Verteilung der dadurch rechnerisch „freiwerdenden“ Stimmen

auf die übrigen in die Sitzverteilung kommenden Parteien SPD, GRÜNE und FDP/DVP. Erhöht wurden auch, übereinstimmend mit dem Umfrageergebnis vom Januar 1992, die „Sonstigen“ (1988 = 5,2 %), weil das Parteienspektrum 1992 verhältnismäßig wohl mehr wirkungslose Splitterstimmen erzeugt und verbraucht wie 1988.

Die Durchrechnung ergibt einen CDU-Grenzwert um 47,0 %, bei dem die Regierungspartei in Baden-Württemberg unter den genannten und erläuterten Annahmen die absolute Mehrheit an Landtagsmandaten verloren hätte. Insoweit sind die Umfrageergebnisse als Indikatoren dafür zu betrachten, daß es bei der kommenden Landtagswahl ein Kopf-an-Kopf-Rennen geben könnte. Konsequenzen aus dieser statistischen Diagnose sind Sache der Politiker, am besten noch vor der Wahl am 5. April.

Hinweise

Vergleichs- und Strukturdaten zur Landtagswahl 1992 – Ergebnisse der Landtagswahlen in Baden-Württemberg seit 1952, Sitzverteilung im Landtag seit 1952, Ergebnisse der Landtagswahlen 1984 und 1988 sowie der Bundestagswahlen 1987 und 1990 nach Wahlkreisen der Landtagswahl 1992, Ergebnisse der Landtagswahlen in den Bundesländern seit 1987, Altergliederung und Religionszugehörigkeit der Bevölkerung, Erwerbstätigkeit – enthält der Statistische Bericht B VII/S-1991. Der Bericht kann zum Preis von DM 11,20 (zuzüglich Versandkosten) beim Statistischen Landesamt Baden-Württemberg, Postfach 10 60 33, 7000 Stuttgart 10, bezogen werden. Telefonische Bestellungen sind unter der Rufnummer (0711) 641-2866 möglich. Über die vorläufigen Ergebnisse der Wahl zum Landtag von Baden-Württemberg am 5. April 1992 informiert der Statistische Bericht BVII 2-1/92, der am 6. April erhältlich sein wird. Eine erste Wahlanalyse erscheint in Heft 4/1992 dieser Zeitschrift.

Dr. Eberhard Gawatz